

## Editorial

Westarbeit? Heute mögen bei dem Wort viele Ostdeutsche eher an ihr berufliches Heil denken, das sie im Westen des Landes gesucht und viele sicher auch gefunden haben. Die „alte“ Westarbeit, die inoffizielle „Deutschlandpolitik“ der SED, ist Schwerpunkt dieser Ausgabe. Begriffe verblassen, werden undeutlich und umgedeutet, doch einige Spätfolgen der SED-Westarbeit wirken bis heute nach. Einer ihrer frühen Vorarbeiter war kein geringerer als Erich Honecker, der leise und auf Schusters Rappen im Südharz über die Zonengrenze schlüpfte. Mit eher unfreiwilliger Hilfe des Dorfbürgermeisters, wie sich dessen Tochter jüngst erinnerte. Wie schnell durch die Zonengrenze im Auftrage von KPD/SED Kurier sickerten, wie schnell aber auch der amerikanische Geheimdienst davon Kenntnis erhielt, beschreibt Wilhelm Mensing in seinem Beitrag „Zwischen Ost und West“, dem eine Dokumentation aus dem Bundesarchiv Koblenz beigelegt ist.

Worum es bei der Westarbeit inhaltlich auch ging, untersucht Michael Kubina. Natürlich war es Einflußnahme auf möglichst vielen Gebieten, nicht nur personell, sondern auch publizistisch. Ausgerechnet der französische Geheimdienst unterstützte mit besten Absichten die Staatssicherheit bei dem Versuch, im Westen „Diskussionsblätter“ mit dem unverfänglichen Titel „Pro und Contra“ zu etablieren. Tröstlich, daß es letzten Endes am zweifelhaften Personal scheiterte, daß die Zeitschrift nie zu dem wurde, was sie nach dem Willen der SED eigentlich werden sollte.

Erfolgreicher war die gesamtdeutsche Politik der Einheitspartei mit ihrer Desinformationskampagne, die unter dem „Schlag“-Wort „KZ-Baumeister Lübke“ eine enorme Wirkung erzielte und bis heute nachklingt. Wenn von dem einstigen Bundespräsidenten Heinrich Lübke die Rede ist, fällt manchen noch heute nicht viel mehr ein als der „KZ-Baumeister“. Den Ursprung dieser Propagandafloskel und was dahinter steckte schildert Jochen Staadt in seinem Beitrag „Die Lübke-Legende“. Der Streit um die Substanz der gegen Heinrich Lübke erhobenen Vorwürfe dauert bis heute an und auch die Auseinandersetzung darüber, ob und wie das Ministerium für Staatssicherheit die Lübke-Dokumente „angespitzt“ hat. Dem *Stern* war das Recht behalten in dieser Sache in den achtziger und neunziger Jahren viel Geld wert und die Andersmeinenden wurden dank guter *Stern*-Anwälte um selbiges gebracht. Über das, was sich in Sachen Lübke hinter den Kulissen abgespielt hat, wird der zweite Teil der „Lübke-Legende“ in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift ausleuchten.

„Entlarven“ war ein Wort, das die Kampagnestrategen der SED mochten, wenn von den „Bonner Kriegstreibern“ die Rede war. Günter Schabowski, den man heute als Geläuterten kennt, brach 1969 im *Neuen Deutschland* in Jubel aus und sprach feierlich von den „Schleusen der Wahrheit“, die sich nun öffneten. Was sie zutage förderten? Natürlich, daß die Bundeswehr an biologischen und chemischen Waffen arbeite. Erhard Geißler legt dar, daß die Aussagen des Kronzeugen Ehrenfried Petras, bis zu seinem Übertritt in die DDR als Wissenschaftler am Fraunhofer-Institut für Aerobiologie in Grafchaft/Sauerland beschäftigt, von ähnlich flüchtiger Substanz waren wie manche Vorwürfe gegen den „KZ-Baumeister“, der aus dem gleichen Landstrich stammte. Das Einzige, was tatsächlich entlarvt wurde, war die Ineffizienz eines mit Bonner Steuermitteln finanzierten Instituts und die fachliche Unfähigkeit des angeblich so bedeutenden und gewissenhaften Dr. Ehrenfried Petras sowie – nicht zu vergessen – im Nachhinein, die Schlamperei der damaligen westlichen Spionageabwehr.

Im „Frauenparadies“ DDR dienten unter den „oberen Zweitausend“ im Stasi-Führungskorps gerade einmal 48 Frauen – „zur Ehre der DDR-Frauen“ wie Angela

Schmole in ihrem Beitrag betont. Zu diesen wenigen Topdamen gehörte Siegrid Schalck-Golodkowski, Ehefrau des obersten Devisenbeschaffers der DDR, der selbst Stasi-Offizier im besonderen Einsatz war. Auch andere Familienbande sind erinnerungswürdig. Erich Mielkes Schwiegertochter arbeitete in gut dotierter Position in der „Firma“ mit sowie – in allerdings niederem Range – eine der DDR-Cousinen von Bundeskanzlers Schröder. Diese Frau, die im Range eines MfS-Hauptmanns die auf Englisch geführten Telefongespräche westlicher Diplomaten und Journalisten abhörte und übersetzte, wurde freilich als Aschenputtel im Hintergrund gehalten, als die Chefsache Ost den Bundeskanzler mit seinen beiden anderen DDR-Cousinen vor die Kameras trieb. Was der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund im freien Westen trieb, schildert Manfred Wilke. Die „kräftige und entschlossenste Propagierung der Errungenschaften der DDR und des FDGB, die die entscheidenden Kraftquellen für die Werktätigen ganz Deutschlands“ war eines der Planziele, die den SED-eigenen Gewerkschaftsbund in seiner Westarbeit vom Anfang bis zum Ende umtrieb.

Welche Umtriebe das stattliche Bürogebäude der evangelischen Kirche in Potsdam zu einer Folterhöhle der sowjetischen Militärangeheimes „Smersch“ machten, beschreibt Peter Erler in seinem Beitrag. Wie weitsichtig doch der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 war, als er die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gewollte Einführung des Rätessystems ablehnte und damit maßgeblich dazu beitrug, daß sich Deutschland auf den Weg in eine parlamentarische Demokratie machte, würdigt Otto Wenzel in seinem Beitrag über die weithin vergessene Richtungsentscheidung der deutschen Arbeiterräte gegen die Sowjetdiktatur, zu der es im Dezember 1918 im preußischen Landtag kam. Während in Berlin zigfach durch Straßennamen und Denkmäler an die Putschisten und Befürworter der proletarischen Diktatur Liebknecht und Luxemburg erinnert wird, weist auf den demokratischen Aufbruch der Arbeiterräte nicht einmal am Ort des Geschehens – im heutigen Berliner Abgeordnetenhaus – eine Gedenktafel auf den Kongreß hin, auf dem sich die Delegierten der deutschen Arbeiterklasse für die demokratische Republik entschieden haben.

Das Sauerland spielt auch unter „Aktuelles“ eine Rolle. Die in der vorigen Ausgabe dieser Zeitschrift von Hans-Bodo Thieme begonnene Auseinandersetzung mit der Legendenbildung über einen angeblich bedeutenden Sohn der Stadt Olpe, den ehemaligen Potsdamer Professor Hubert Mohr, hatte Konsequenzen. Die *Westfälische Rundschau* nahm sich des Themas an und reichte unter Bezugnahme auf Thiemes ZdF-Artikel nach, was die Olper *Heimatstimmen* in ihrem Geburtstagsständchen zum neunzigsten von Mohr ganz vergessen hatten: Der Mann war alles andere als ein braver Hochschullehrer. Als Propagandist der SED-Diktatur sorgte er für die Durchsetzung einer Ordnung, die sich auch gegen seinen frühere Ordensbrüder und -schwestern aus der katholischen Kirche richtete. Mohrs frühere Schüler und Wegbegleiter Helmut Assing und Michael Lemke legen in dieser Ausgabe zur Ehrenrettung ihres früheren Mentors Widerspruch gegen Thiemes Interpretation ein. Diesem Widerspruch widersprechen Christian Sachse und Jochen Stadt gestützt auf das offizielle und inoffizielle Schriftgut Hubert Mohrs.

Um gänzlich andere Ehrenrettung geht es in Lutz Lehmanns Beitrag. Ein vom NDR in Auftrag gegebene Studie über Stasi-Machenschaften gegen diesen Sender, die auch als Buch erscheinen soll, drohte seine Biographie und sein Ansehen als Journalist zu beschädigen. Lehmann wehrte den Anfängen und erwirkte mit Hilfe seines Rechtsbeistandes eine Unterlassungserklärung. Lehmann erklärt, warum er so handeln mußte.

*i. A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt*